

LATINAMERIKA / Drogen

USA und Mexiko sagen Drogenkartellen den Kampf an

Härteres Durchgreifen vereinbart – Vor „Gipfel der Amerikas“ in Trinidad zeichnet sich auch Tauwetter zwischen Kuba und USA ab

Mexiko-Stadt (AP/Wide-World) – Mexiko und die USA haben den Drogenkrieg gegen die Kartelle angekündigt. Die Präsidenten beider Länder, Barack Obama und Felipe Calderón, vereinbarten in Mexiko-Stadt, einen Kampf gegen die organisierten Kriminalität zu führen. Dafür sollen beide Regierungen durch neue Gesetze die rechtliche Grundlage schaffen.

Die US-Präsident war unter anderem Sicherheitsvorkehrungen zu seinen ersten Lateinamerika-Besuch in Mexiko gekommen. Thema seiner Gespräche mit Calderón waren neben dem Kampf gegen die Drogenkartelle auch die illegale Einwanderung in die USA und der Handel zwischen beiden Ländern.



Märk auf Ciudad Juárez (Mexiko): Der Friede bricht, nicht nur dort – und die Konkurrenz schläft nicht. Bildung haben zwischen Mexiko und den USA unterschiedliche soziale Bedingungen geherrscht. Das soll jetzt ein Regel gesprochen werden.

Es sei „absolut entscheidend“, dass sich die USA als vollwertiger Partner“ erbrachten, sagte Obama in Mexiko. „Wir haben auch unsere eigenen Teil der Arbeit erledigt.“ Die USA hätten ihre Drogen- und Razzienaktionen im eigenen Land durchgeführt. Zugleich gehe es, den Plan von Obama und Calderón um 90 Prozent der in Mexiko sichergestellten Stellen einzusetzen. Die USA sei der Waffen- und Geldtransport über die mehr als 3000 Kilometer lange Grenze stoppt werden.

Mexiko Sicherheitskräfte haben sich seit Jahren blutige Kämpfe mit den Drogenkartellen, die auch in den USA aktiv sind. Seit Anfang 2008 starben in Mexiko 7000 Menschen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kartellen und Sicherheitskräften. Obama will den US-Sektor zur Raffinerie eines Abkommens gegen Waffen- und Drogenhandel bewegen. Das heißt, hindere Abkommen, auf das sich die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) 1997 geeinigt hat, richtet sich gegen die Lieferungen von Waffen und Munition an Drogenhändler. Die USA gehören zu den wenigen OAS-Mitgliedsländern, die den Vertrag nicht ratifiziert haben. Obama und Calderón sprechen auch über den Ausbau der

Wirtschaftskooperation. Mexiko benötigt amerikanische Investitionen, und die USA benötigen die mexikanischen Arbeitskräfte, sagte Calderón. Obama versprach eine Reform der US-Einwanderungspolitik. Ein Großteil der 12 bis 14 Millionen illegalen Einwanderer in

den USA stammt aus Mexiko. Als Reaktion aus die Wirtschaftspolitik begannen die US-Beziehungen Ende 2008 die „Indoamerica“-Verträge in ihre Heimatländer zurückzuführen. Die der US-Beziehungen in Mexiko-Stadt versammelten sich indes viele Menschen, um

für mehr Rechte der Gastarbeiter in den USA einzustehen. Von Mexiko wird Obama zum fünften Gipfel der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) der am Freitag im Karibikstaat Trinidad und Tobago beginnt, untervermittelt. Einmal sind alle Staaten des Kontinents mit Ausnahme Kubas, dessen OAS-Mitgliedschaft 1962 auf Druck der USA ausgesetzt worden war. Bei dem Treffen soll es um wirtschaftliche Zusammenhänge, den Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise und Sicherheitsfragen gehen. Thema dürfte auch die künftige Rolle Kubas in der amerikanischen Staatengemeinschaft sein.

Eine Reihe lateinamerikanischer Staaten wollen sich für die Rückkehr der OAS in die OAS stark machen. Obama hatte gesagt, die „Mentalität der Kalten Kriege“ hinter sich lassen und ein „Aufleben“ in den Beziehungen erreichen zu wollen. Der kubanische Staatschef Raúl Castro sagt in einem Interview mit dem mexikanischen Sender, Kuba sei offen für Gespräche mit den USA, aber alles, worüber sie reden wollen.“ Dabei könne es auch um Menschenrechte, Pressefreiheit und politische Gefangene gehen.

Bedingt ist es jedoch, dass die Gespräche bei gleicher Atmosphäre stattfinden, sagte Castro auf einem Treffen in Santiago de Chile. Die OAS hat eine Alternative für unser Amerika, die Obama, die Venezuela und Kuba 2004 als ein Angebot zu einer von der OAS geführten amerikanischen Partnerschaften vorgeschlagen hatten.

MINDERHEITEN IN EUROPA



Kenneth Myrli hat sich für die schwedischsprachige Teilautonomie „Vasabladet“ der Auswärtigen des Verfassens der Finnland-Schweden beschäftigt

„Mehr Verständnis nötig“

„Vasabladet“-Redakteur zu Schwedisch-Problem

Helsingfors/Helsinki – Kenneth Myrli, der Autor einer Artikelreihe über die Position, die sich durch die Verfassungsreform für die finnland-schwedische Minderheit ergeben, ist seit 1998 Mitarbeiter der Tageszeitung „Vasabladet“.

Die Herausgeber der Minderheiten- und der Sprachrechtredaktion bildet ein zentrales Gremium journalistischen Tätigkeiten.

„Herausgeber haben viele Meinungen, die sich über die bekannteste finnische Modell- ein Land mit zwei offiziellen Sprachen sind früher im Ausland als bilingualität gilt, bewegt werden kann“, sagt Myrli.

Ich hoffe jedoch, dass es erhalten bleibt. Denn ist aber ein Artikelreihe über die Position, die sich durch die Verfassungsreform für die finnland-schwedische Minderheit ergeben, ist seit 1998 Mitarbeiter der Tageszeitung „Vasabladet“.

Myrli meint, dass die Artikel, die sich mit sprachpolitischen Fragen befassen, von besonderer Wichtigkeit sind. „Die Mutter Sprache und ihre Benutzung ist für die Finnland-schweden von sehr großer Bedeutung. Für mich wenig von ihnen zählt die schwedische Sprache zu den Grundbedürfnissen.“

Reform bedroht Finnland-Schweden

Finnland setzt Verfassungsreform um – Schwedische Minderheit – Sprache geschwächt

Helsingfors/Helsinki – Über den politischen Hintergrund der jetzigen Verwaltungsreform, die in Finnland zurzeit mehr Bereiche der Verwaltung umstrukturiert.

Die schwedische Sprache wird dadurch geschwächt: Seit Jänner gibt es keine Publikationen mit schwedischer Artbeiträge mehr, sie wurden in zweisprachige Review integriert. Auch die Gerichte mit schwedischer Artbeiträge sind von der Reform ähnlich betroffen. Die schwedischen Sprachgerichte, in Zukunft nur noch eines, werden von der finnischen staatlichen Behörden von dem zweisprachigen Vasa/Åhus in einem finnischsprachigen Wohnort Stadt Seinäjoki verlegt, was nicht nur das Niveau



in zwei Gebieten, wo Schweden leben, hat Finnland eine verbleibende Zweisprachigkeit aufgehoben.

Die schwedischsprachigen Dienstleistungen, sondern auch die bis jetzt von den Schwedischsprachigen besetzten Stellen gefährden kann.

Obwohl die schwedische Volkgruppe nur 3,5 Prozent der Bevölkerung Finnlands ausmachen, ist das Schwedisch die zweite offizielle Sprache des Landes. Artikel 17 der finnischen Verfassung von 1919 enthält eine Satzung über den territorialen Schutz des sprachlichen Charakters der Verwaltungsstellen. Dennoch sollte bei jeder Maßnahme, die sich auch auf die Verwaltung auswirkt, die sprachliche Zusammensetzung der Verwaltungsstellen berücksichtigt werden. Der Staat sollte die Maßnahmen so durchführen, dass dabei nicht die Sprachen in Minderheiten geborgen werden.

Ende der 1990er Jahre gab es in Finnland jedoch eine Ver-

fassungsreform. Die neue Verfassung, die 2000 in Kraft getreten ist, enthält die bewusste Absichtung über den territorialen Schutz der lokalen Sprachen nicht mehr. „Vasabladet“ meint, dass das Streichen dieses Artikels den Weg für die jetzige Verwaltungsreform ebnet habe. Die Tageszeitung behauptet die Verletzung der Politik, nicht zuletzt, da die Verfassungsreform auch einen territorialen Bezug habe.

Finnland hat nämlich 1905 das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europäischen Übereinkommen und 1998 in die Kräfte gewirkt. In dem ist Artikel dieses Rahmenabkommens heißt es: „Die Vertragsparteien sollen von Maßnahmen ab, die das Bevölkerungswachstum in von Angehörigen nationaler Minderheiten besetzten Gebieten verändern und darauf gerichtet

ist, die Rechte und Freiheiten einzuwickeln, die sich aus den in diesem Rahmenabkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben.“

In einem finnischen Bericht an den Europarat von Februar 1999 hat die finnische Verfassung von 1919 geändert werden. Obwohl die neue Verfassung, die das Privatrecht des Schwedischen Schützes der Sprachen nicht mehr enthält, seit ein Jahr 2000 in Kraft trat, war eine Vorbereitung der neuen Verfassung zur Zeit der Einführung des Berichtes bereits in Gang.

„Vasabladet“ zufolge wirft der Bericht, den Helsinki den Europarat geschickt hat, moralische Bedenken auf auch war finnische Außenminister zwischen 1995 und 2000 Tarja Halonen, die jetzt Staatspräsidentin ist.



Das schwedische Staatschreiber in Helsingfors/Helsinki